

Noch nicht von dem Beirat genehmigtes

Protokoll Nr. 22 (2023-2027)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Vahr am 20.05.2025 im Bürgerzentrum Neue Vahr als Hybridsitzung

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:40 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|--|
| a) vom Beirat | David Cyferkowski
Jens Emigholz (online)
Petra Hoya
Bernd Siegel
Susanne Stehr-Muhrmann
Helmut Weigelt | Jens Diestelmann
Dr. Tim Haga
Oliver Saake
Nikolai Simson (online)
Dennis Waschitzek |
| b) vom Ortsamt | Sarai Auras
Ralf Möller | |
| c) als Gäste | Zu TOP 2: Silke Frey (Quartiersmanagement) (online)
Zu TOP 3 und 4: André Bernschneider, Lars Degen, Uwe Labinsky
und Martin Rabenhorst (BSAG) | |

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Das Protokoll Nr. 21 der Beiratssitzung am 22.04.2025 wird genehmigt. Der TOP 5 der Tagesordnung wird vertagt. Die Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung genehmigt.

Tagesordnung

1. Bürger:innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten
2. WiN-Projektmittelvergabe
3. Sauberkeit an BSAG-Haltestellen
4. Bauvorhaben der BSAG in der Vahr
5. ~~Vorstellung des „Klimanetz Vahr“~~
6. Fußverkehrscheck – Maßnahmenbeschlüsse
7. Änderung des Beiräte-Ortsgesetzes
8. Verschiedenes

TOP 1: Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen und Anträge aus der Bevölkerung

Ein Mitglied der Bremischen Bürgerschaft weist darauf hin, dass oftmals Einkaufswagen in den Grünanlagen abgestellt würden und teilweise auch in den Gewässern lägen. Er regt an, das Thema in einem Fachausschuss zu behandeln.

Ralf Möller merkt an, dass die Einflussmöglichkeiten des Beirats diesbezüglich begrenzt seien. Aus Kostengründen sei es im Interesse der Supermärkte, die Einkaufswagen wieder zu erhalten. Das Ortsamt könne sich jedoch in einem ersten Schritt mit dem Center Management und größeren Supermärkten in Verbindung setzen, bevor das Thema ggfs. in einem Ausschuss beraten werde. Herr Diestelmann ergänzt, dass diesbezüglich auch das Ordnungsamt zuständig sei.

Auf die Frage eines Bürgers, wie das Thema „Versiegelung von Flächen“ von Seiten der Gewoba, der BSAG und dem Beirat behandelt werde, antwortet Ralf Möller, dass der Beirat beispielsweise Entsiegelungen konkreter Flächen im Bereich von Straßenbäumen in Kooperation mit dem BUND und Umweltbetrieb Bremen (UBB) vornehme. Es könnten gerne Ideen eingereicht werden, dann nehme das Ortsamt mit den für die betreffenden Flächen Zuständigen Kontakt auf.

Weiter teilt der Bürger seine Enttäuschung über die letzte Beiratssitzung mit, da er bezogen auf das Thema „Sauberkeit im Stadtteil auf Gewoba-Flächen“ auf konkrete Verbesserungsvorschläge der Gewoba gehofft habe. Er bittet daher darum, die Gewoba erneut einzuladen, um ein entsprechendes Feedback zu erhalten.

Herr Möller erwidert, dass sich der Beirat und das Ortsamt hinter den Kulissen weiterhin mit dem Thema befasse und das Thema auch zu einem späteren Zeitpunkt nochmals öffentlich aufgegriffen werde.

Eine Bürgerin schließt sich der Kritik gegenüber der Gewoba an. Sie habe eine Verschlimmerung bzgl. des Abfalls festgestellt und eine unbefriedigende Rückmeldung von Seiten der Gewoba erhalten. Zudem weist sie auf viel zu kleine Mülleimer ohne Deckel im öffentlichen Raum hin.

Ralf Möller macht darauf aufmerksam, dass öffentliche Mülleimer in der Zuständigkeit der [Bremer Stadtreinigung \(dbs\)](#) lägen und konkrete Vorschläge an die dbs – auch über das Ortsamt – weitergegeben werden könnten.

Ein Sachkundiger Bürger des Beirats Vahr berichtet, dass an dem Verbindungsweg zwischen der Haltestelle Wilhelm-Leuschner-Straße und Richard-Boljahn-Allee (Heizkraftwerkweg) eine Sitzbank beschädigt sei. Herr Möller sagt zu, diesen Hinweis an den UBB weiterzugeben.

Mitteilungen der Beiräte

Petra Hoya weist darauf hin, dass das Thema Sport, im Speziellen Behindertensport, zu kurz komme und im Beirat behandelt werden solle.

Mitteilungen der Ortsamtsleitung

Ralf Möller teilt Folgendes mit:

- Tiny-Forest am Marktplatz Berliner Freiheit: Der [Hitzeaktionsplan](#) zeige, dass sich der Marktplatz sehr stark im Sommer aufheize. Daher erfolge die temporäre Aufstellung eines Pflanzkübels mit Sträuchern und Bäumen sowie Hinweisschildern. Die ersten Gespräche dazu erfolgten in den kommenden Tagen.
- Die Planungskonferenz „Bildung – Bremen Ost“ finde am 26.06.2025 statt – voraussichtlich in der Aula der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee.¹

TOP 2: WiN-Projektmittelvergabe

Silke Frey stellt anhand einer Präsentation Anträge im Rahmen der Programme „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) und „Soziale Stadt“ vor:² Die Befassung des Projekts Nr. 30 werde sich noch in die Juni-Sitzung verschieben, weil sich der Antragsteller noch ändern werde. Dieses Projekt sei geringfügig aufgestockt und nicht – wie die anderen Projekte – um zehn Prozent gekürzt worden.

Auf Nachfrage antwortet Silke Frey, dass jedes WiN-Gebiet aus eingesparten Mittel des Vorjahres 2.000 € mehr erhalten habe.

Der Beirat nimmt wohlwollend Kenntnis.

¹ Der Beirat hat in seiner Sitzung am 22.04.2025 beschlossen, gemeinsam mit den Beiräten Hemelingen und Osterholz eine Planungskonferenz „Bildung“ einzuberufen, siehe [Protokoll Nr. 21](#) (TOP 4).

² Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

TOP 3: Sauberkeit an BSAG-Haltestellen

Herr Labinsky stellt mit Hilfe einer Präsentation das Thema „Sauberkeit an BSAG-Haltestellen“ vor:³

- Dabei knüpft er an ein Arbeitsgespräch im Februar 2025 an, an dem Vertretungen des Beirates, Ortsamtes, der Bremischen Bürgerschaft und BSAG teilgenommen hätten und der BSAG mitgeteilt worden sei, dass die Straßenbahnhaltestellen in der Vahr als sehr verschmutzt wahrgenommen würden, insbesondere die Haltestellen der Linie 1 – „Berliner Freiheit“, „Polizeipräsidium“, „Julius-Brecht-Allee“.
- Die Aufstellflächen der Haltestellen sowie Gleisflächen im Haltestellenbereich würden im Durchschnitt alle vier Wochen gereinigt. Dabei würden beispielsweise auch Aufkleber entfernt.
- Es sei ein Pilotversuch an der Haltestelle „Berliner Freiheit“ mit einer Erhöhung des Reinigungsintervalls durchgeführt worden. Dabei seien drei Reinigungen in einem Abstand von zwei Wochen vorgenommen und der Bereich in der Folgeweche kontrolliert worden. Die Säuberung der Haltestellenaufstellfläche sei somit von vier auf zwei Wochen angepasst worden.
- Die Evaluation dieses Pilotversuches habe ergeben, dass sich die Situation durch das erhöhte Reinigungsintervall etwas verbessert habe, aber aufgrund des offenen Gleisbettes nicht sehr nachhaltig sei. Vor allem seien viele Zigarettenskippen in den geschotterten Gleisflächen des Haltestellenbereichs festgestellt worden.
- Am Folgetag einer Reinigung sei oftmals nicht mehr erkennbar gewesen, dass eine Reinigung am Vortag durchgeführt worden sei.
- Zusätzliche Mülleimer würden nicht wirklich Abhilfe verschaffen. Dennoch sei von Seiten der dbb eine Vergrößerung der Mülleimer sowie eine Erhöhung der Stückzahl vorgesehen.
- Um eine Verbesserung zu erzielen, werde in den Gleisbetten der Haltestellen „Berliner Freiheit“, „Polizeipräsidium“ und „Julius-Brecht-Allee“ der vorhandene Schotter absehbar durch Eindeckungen im Gleisbereich ersetzt. Dadurch würden die Reinigungsmöglichkeiten verbessert und der Müll lasse sich leichter entfernen.
- Der Plan für die Umsetzungen sei für Herbst 2025 an der Berliner Freiheit, für Sommer 2026 an der Julius-Brecht-Allee und für 2027 am Polizeipräsidium vorgesehen.

Der Beirat zeigt sich erfreut über diese Lösungsmöglichkeit und die zeitnahe Umsetzung.

Auf Nachfragen aus dem Beirat antworten Herr Labinsky und Herr Bernschneider wie folgt:

- Bei der Reihenfolge der Durchführungen seien die geplanten Baustellen berücksichtigt worden.
- Bezogen auf die Befürchtung, dass die Gleiseindeckung zu häufigeren Querungen führe, erläutert Herr Labinsky, dass ein neues Geländer zwischen die beiden Gleise gebaut werde, welches ein paar Zentimeter höher sein werde als zuvor. Ein gänztliches Queren der Gleise könne jedoch nicht unterbunden werden.
- Eine dauerhafte Reinigung im Zwei-Wochen-Rhythmus könne nicht durchgeführt werden, sodass nun wieder alle vier Wochen gereinigt werde. Sie behielten die Haltestelle „Berliner Freiheit“ aber im Blick.
- Die dbb habe bereits jeweils zwei Aschenbecher pro Fahrtrichtung angebracht.
- Da es sich um öffentlichen Grund handele, könne die BSAG kein Rauchverbot an den Haltestellenbereichen einführen.
- Bei den Eindeckungen handele es sich um Platten ohne versiegelte Fugen, sondern diese seien mit Splitt aufgefüllt, so dass Wasser versickern könne.

Den Hinweis, dass bei der Fahrt mit der Linie 1 in Richtung Innenstadt Äste gegen die Scheiben schlugen und womöglich Fahrzeuge beschädigten, nehme die BSAG mit.

³ Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

Es wird angeregt, das Ordnungsamt hinsichtlich der Verschmutzung durch Müll und Zigarettenkippen einzuschalten.

TOP 4: Bauvorhaben der BSAG in der Vahr

Herr Rabenhorst stellt anhand eines Plans die vorgesehenen Umbaumaßnahmen der Querung an der Haltestelle „Berliner Freiheit“ vor:⁴

- Die lilafarbenen Markierungen seien schon umgesetzt worden.
- Es gebe bereits Geländer zwischen den Gleisen der beiden Fahrtrichtungen sowie stadteinwärts zwischen Haltestelle und Gehweg, um möglichst Querungen über die Gleise und Fahrbahn an den nicht dafür vorgesehenen Quermöglichkeiten zu vermeiden.
- Die BSAG habe den Planungsauftrag für die Umbauten erteilt bekommen, die Umsetzung erfolge durch das ASV.
- Die Fußgänger*innen-Furt auf der Fahrbahn solle auf acht Meter über die gesamte Länge verbreitert werden und sei damit doppelt so breit wie üblich. Die bisherigen Platten aus Kunststoff, welche nicht sehr rutschfest seien, würden gegen Asphalt ausgetauscht.
- Die Fußgänger*innen-Aufstellfläche (stadtauswärts) werde mindestens 2,50 Meter und bis zu vier Meter an der tiefsten Stelle betragen. Es verbleibe dann noch eine einspurige Fahrbahn mit einer Breite von 3,50 Metern. Die übrige Fahrbahn werde mit einer Sperrfläche versehen.
- Die Umsetzung sei für die Sommerferien 2025 vorgesehen.

Auf Nachfragen antwortet Herr Rabenhorst wie Folgt:

- Stadteinwärts gebe es keine Änderungen, nur stadtauswärts erfolge die Fahrbahneinengung auf 3,50 Meter.
- Eine Asphaltierung erfolge nur im Bereich der Fußgänger*innen-Furt, die Querung für den Radverkehr bleibe unverändert.
- Für eine Verlängerung der bestehenden Gitter zwischen Fahrbahn und Haltestellenbereich (stadteinwärts) sei die BSAG nicht zuständig.
- Die Markierung des Radüberwegs sei alt und nicht mehr sichtbar. Wie die Fahrbahnmarkierung geplant sei, wisse er nicht, nehme den Vorschlag, diese Furt rot einzufärben aber mit.
- Für die Planung einer weiteren Quermöglichkeit mit Lichtsignalanlage (LSA) in Höhe des Haupteingangs zur Berliner Freiheit habe die BSAG keinen Planungsauftrag gehabt.
- Bei einer Gleiseindeckung in dem Haltestellenbereich bleibe der übrige Bereich geschottert, so dass dort keine Busse verkehren könnten. Zudem sei der Bereich zu schmal für das Einbiegen von Bussen.
- Der Inselkopf werde vergrößert und durch einen Bord abgegrenzt, so dass dieser nicht überfahren werde. Der hintere Bereich werde aus Kostengründen nur mit einer Schraffur und nicht mit einem Bord versehen.

Herr Dr. Haga zeigt sich erfreut über die vorgesehenen Maßnahmen, da die Fußgänger*innen-Furten und -Übergänge deutlich zu schmal gewesen seien. Auch die übrigen Beiratsmitglieder befürworten diese Maßnahme. Es wird jedoch um Berücksichtigung folgender Aspekte gebeten:

- Im südlichen Bereich der Straßenbahnhaltestelle sollten zusätzliche Baken die Sperrfläche sichern, um Ausweichverkehre zu vermeiden, zumal sich dort auch eine Bushaltestelle befindet.
- Zudem soll geprüft werden, ob im Bereich des Haupteingangs der Berliner Freiheit eine weitere Fußgänger*innen-Querung mit LSA zur Straßenbahnhaltestelle eingerichtet werden kann.

⁴ Die Lagepläne sind dem Protokoll als **Anlagen 3a und 3b** angefügt.

Herr Rabenhorst erläutert zu der seit Langem vorgesehenen Umbaumaßnahme der Haltestelle „Barbarossastraße“, dass von Seiten der Stadt ein Verbot dieser Baumaßnahme während der Umsetzung des Projekts „Linie 2 verbindet“ ausgesprochen worden sei. Die bauliche Umsetzung dieser Maßnahme werde daher erst erfolgen können, wenn das Projekt „Linie 2 verbindet“ fertiggestellt sei. Laut Plan sei dies im Jahr 2028 der Fall.

Auf Nachfrage, da das ASV zeitnah eine Teilsanierung des Radwegs in der Beneckendorffallee/ Ecke Steubenstraße vorsehe, erläutert Herr Rabenhorst, dass der gesamte Kreuzungsbereich im Zuge des Projekts „Linie 2 verbindet“ komplett überplant und in diesem Zuge auch die Haltestelle verlegt werde. Die Sperrung der Steubenstraße ab Jahresende führe zu einer Einspurigkeit der Konrad-Adenauer-Allee je Fahrtrichtung.

Herr Möller regt an, nach der Sommerpause und vor Umsetzungsbeginn des Projekts „Linie 2 verbindet“ das Thema „Baumaßnahmen in der Vahr“ nochmals aufzugreifen und die unterschiedlichen Bedarfsträger einzuladen, damit diese die aktuellen Sachstände der verschiedenen Maßnahmen mit Bauzeitfenstern, Sperrungen und Verkehrsumleitungen vorstellen können. Da ab 2026 auch Fernwärmeleitungen in der Vahr verlegt werden sollen, sollte zudem Wesernetz eingeladen werden.

Der Beirat stimmt diesem Vorschlag zu.

Die Vertretungen der BSAG signalisieren, an dieser Sitzung teilzunehmen, merken aber an, dass die Projektsteuerung (CTB) und das ASV hinzugezogen werden sollten.

Herr Degen stellt mit Hilfe einer Präsentation die Veränderungen im Busnetz im Bremer Osten und Süden sowie die Umleitung der Linie 25 im Rahmen des Projekts „Linie 2 verbindet“ vor:⁵

- Ab August 2025 werde die A1 komplett überlastet sein, was zu einer Ausweichung auf die Erdbeerbrücke und mehr Stau führe.
- Die Ziele seien daher die A1 und durch Stau überlastete Knotenpunkte zu vermeiden und das Busnetz im Bremer Süden und Osten entsprechend umzugestalten.
- Die Linie 52 werde von Huchting bis nach Huckelriede und ab dort die neue Linie 23 u.a. über die Vahr bis zur Universität fahren, um den Knotenpunkt Neuenlander Straße/ Kattenturmer Heerstraße zu umgehen.
- Ein Kernziel sei die Verstärkung der Tangentiale Horn – Vahr – Hemelingen mit einer Zehn-Minuten-Taktung.
- In diesem Rahmen seien kleinere infrastrukturelle Maßnahmen, wie das Versetzen von Haltestellen vorgesehen.
- Im Zuge der mehrjährigen Vollsperrung der Steubenstraße müsse die Linie 25 umgeleitet werden. Es erfolge eine Zweiteilung, zum einen über die Gartenstadt Vahr und Konrad-Adenauer-Allee, zum anderen über die südliche Route vom Rennplatz über die Bismarckstraße. Am Abend werde der Busverkehr ausschließlich über die nördliche Route (Gartenstadt) geführt.
- Die Änderungen erfolgten ab Ende 2025.

Herr Dr. Haga begrüßt die Einführung der neuen Linie 23. Er merkt an, dass sich durch die Zweiteilung der Linie 25 der bestehende 7,5 Minuten Takt ordentlich ausdünnen werde und es derzeit bereits häufige Verspätung gebe.

Herr Rabenhorst erläutert, dass es mit der Sperrung des Tunnels Steubenstraße zu einer Verdrängung des motorisierten Verkehrs und damit nicht zu einer Verbesserung kommen werde. Bei zu massiven Verspätungen könne ggfs. ein Puffer eingebaut werden – das müsse dann geprüft werden.

Auf Nachfrage erwidert Herr Rabenhorst, dass mit dem Umbau des Gleisdreiecks auch eine Sperrung der Linie 1 erforderlich sein werde. Zum jetzigen Zeitpunkt sei nicht bekannt, wann und wie lange dies der Fall sein werde.

⁵ Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 4** angefügt.

TOP 5: Fußverkehrscheck – Maßnahmenbeschlüsse

Herr Möller teilt mit, dass von Seiten der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) im Zuge des Abschlussworkshops des Fußverkehrschecks eine Maßnahmenliste vorgelegt worden sei.⁶ Daraus seien vom Koordinierungsausschuss des Beirats als zu priorisierende Maßnahmen folgende benannt worden:

- **Nr. 4: Seitenraum zwischen Karl-Kautsky-Straße und dem Platz vor dem Einkaufszentrum Berliner Freiheit**
Vorgeschlagene Maßnahme: Der Gehweg an der Karl-Kautsky-Straße sollte bis an die beiden LSA an der Kurt-Schumacher-Allee barrierefrei gestaltet werden, um eine barrierefreie Erreichbarkeit zu gewährleisten und Konflikte mit dem Radverkehr zu minimieren.
Kostenschätzung: 13.125 €.
- **Nr. 7: Treppenanlage am Marktplatz Berliner Freiheit**
Vorgeschlagene Maßnahme: Es wird die Markierung der Treppenstufen mit einer weißen ca. 4 bis 5 cm breiten Farbkante empfohlen.
Kostenschätzung: 1.000 €.
- **Nr. 13: Vorgezogener Seitenraum Otto-Suhr-Straße auf Höhe der Treppenanlage/LSA Richard-Bohljahn-Allee**
*Vorgeschlagene Maßnahme: Es wird empfohlen, die Anordnung eines Fußgänger*innen-Überwegs erneut zu prüfen. In den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgänger*innen-Überwegen ist formuliert, dass bei Tempo 30 "in der Regel" querende Fußgänger*innen nicht mit Fußgänger*innen-Überwegen gebündelt werden müssen. In Ausnahmefällen ist die Einrichtung eines Fußgänger*innen-Überweges in einer Tempo 30-Zone demnach möglich. Dies ist insbesondere bei einem hohen Anteil sensibler Personen gegeben. Einsatz einer barrierefreien Querung mit einer differenzierten Bordhöhe.*
Kostenschätzung: 31.000 € (Fußgänger*innen-Überweg, inkl. Beschilderung und Beleuchtung).
- **Nr. 14: LSA an der Richard-Bohljahn-Allee**
Vorgeschlagene Maßnahme: Es wird eine Neuordnung des gesamten Bereiches mit ausreichender Berücksichtigung von Fußverkehrsbelangen empfohlen. Hierzu zählen ausreichend Platz für Aufstellflächen, ein umwegefreier barrierefreier Zugang sowie das Minimieren von Konflikten zwischen Rad- und Fußverkehr. Um kurzfristig für eine gegenseitige Rücksichtnahme zu sensibilisieren, wird empfohlen den Bereich farblich hervorzuheben und Piktogramme (z.B. Fußstapfen, "Rücksicht macht Wege breit") einzusetzen, um die Aufmerksamkeit zu erhöhen.
Kostenschätzung: 800 € (Markierung und Piktogramm).

Herr Möller teilt mit, dass 10.000 € im Rahmen des Fußverkehrschecks bereitgestellt würden und die Maßnahmen aus dem Stadtteilbudget bezuschusst werden könnten. Er regt an, bei SBMS für die Maßnahmen 13 und 14 die Aufnahme in das Querungshilfenprogramm zu beantragen.

Der Beirat beschließt einstimmig, SBMS aufzufordern, die Maßnahmen 13 und 14 in das Querungshilfenprogramm 2026 aufzunehmen, da die im Rahmen des Fußverkehrschecks vorgeschlagenen Maßnahmen das Projektbudget von 10.000 € pro Stadtteil übersteigen.

Zudem spricht sich der Beirat einstimmig für die Umsetzung der Maßnahmen 7 und 4 im Rahmen des Fußverkehrschecks aus und stellt für Maßnahme Nr. 4 eine finanzielle Unterstützung aus dem Stadtteilbudget in Aussicht, bittet im Vorfeld aber um eine verbindliche Kostenangabe.

Oliver Saake bittet darum, die Querung Wilhelm-Liebknecht-Straße nicht aus den Augen zu verlieren. Ralf Möller erwidert, dass er diesbezüglich morgen einen Ortstermin habe.

TOP 6: Änderung des Beiräte-Ortsgesetzes (BeiräteOG)

Herr Möller weist darauf hin, dass folgende Änderungen in Planung seien:

⁶ Siehe [Protokoll Nr. 2](#) der Beiratssitzung am 22.08.2023.

1. Verkehrsbudget (§ 10 Abs. 3 BeiräteOG): Ausweitung auf Maßnahmen in Grünanlagen, wie Beleuchtung.
2. Aufnahme des Begriffs Jugendforen (§ 6 Abs. 4 BeiräteOG): Bisher sei nur der Begriff „Jugendbeirat“ Bestandteil.
3. Straßenumbenennung (§ 10 Abs.1 Nr.8 BeiräteOG): Bisher sei nur von einer „Benennung“ die Rede.
4. Änderung der Entscheidungskompetenz für die Mittelvergabe der Kinder- und Jugendförderung: Ein Textvorschlag liege noch nicht vor.
5. Aufnahme einer Entscheidungskompetenz für die Verwendung weiterer Mittel in § 10 Abs. 1: Sonderbudgets aus Kompensationszahlungen o.Ä.

Herr Möller berichtet, dass die Themen am 14.05.2025 in der Beirätekonferenz besprochen worden seien, sich jedoch noch in Bearbeitung befänden und daher für die heutige Sitzung kein Votum vorgesehen sei. Der Beirat stimmt diesem Vorgehen zu.

TOP 7: Verschiedenes

Herr Dr. Haga weist darauf hin, dass die Leihfahrräder in der Stadt häufig im Weg stünden und diese bei Dunkelheit schwer sichtbar seien, da sie – im Gegensatz zu E-Scootern – nicht leuchteten. Die auf den Rädern aufgedruckte Telefonnummer sei nicht vergeben. Das Thema müsse angegangen werden.

Weiter weist Herr Dr. Haga darauf hin, dass im Rahmen des Programms [„1.000 Bänke für Bremen“](#) einige Sitzbänke im Stadtteil aufgestellt worden seien. Die Nutzung dieser Bänke sei aufgrund von mehreren Armlehnen jedoch stark eingeschränkt und er wünsche sich, dass solche Bänke nicht mehr aufgestellt würden.

Herr Möller erwidert, dass dieses Programm ausgelaufen sei und die Sitzbänke aufgrund fehlender Standortmöglichkeiten überwiegend auf Privatgrund aufgestellt worden seien.

Ralf Möller kündigt zum Abschluss folgende Termine an:

- Montag, 02.06.2025, 18:30 Uhr: Koordinierungsausschusssitzung;
- Dienstag, 17.06.2025, 19:30 Uhr: nächste Beiratssitzung.

Stellv. Sprecher

Dr. Haga

Sitzungsleitung

Möller

Protokoll

Auras